D-NO2 Israel im Nahen Osten

Antragsteller*in:	Hermann Kuhn (KV MöV)
Tagesordnungspunkt:	5.3 Weitere Anträge "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

Antragstext

Die Landesmitgliederversammlung erklärt:

Wir
– sehen mit großer Sorge und Anteilnahme den fortdauernden Krieg, das fortdauernde Leid in Gaza. Immer noch sind Geiseln in den Tunneln der Hamas gefangen, die Hamas kämpft weiter, sie setzt dafür das Leben der eigenen Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel. Die humanitäre Lage in Gaza ist durch die Fortführung des Krieges durch Israel dramatisch.

– erinnern daran: Der Ursprung, der Grund dieses Krieges war das Massaker der Hamas und anderer Terrororganisationen am 7. Oktober, der Überfall mit Mord, Raub, Folter, Vergewaltigung und Entführung. Erklärtes Ziel dieser Kriegserklärung war es, ein Fanal zu senden an die Judenhasser in aller Welt, den jüdischen Staat zu vernichten.

– weisen darauf hin: In der folgenden notwendigen Antwort Israels hat die Hamas bewusst die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde benutzt, geschützte Orte wie Krankenhäuser und Schulen militärisch missbraucht, ihren eigenen Menschen Schutz verwehrt, die zivilen Opfer bewusst in Kauf genommen. Die Forderung, den Krieg zu beenden, richtet sich zu allererst an die Hamas.

– unterstützen die Forderung der Angehörigen der Geiseln und der großen Unterstützer-Demonstrationen in Israel: Die Hamas muss alle Geiseln frei lassen, die noch in ihrer Hand sind. Im Gegenzug muss die israelische Regierung einem Waffenstillstand zustimmen.

– erwarten von der israelischen Regierung und den internationalen Hilfsorganisationen, gemeinsam zuverlässig für die Grundversorgung der Bevölkerung in Gaza zu sorgen – in einer Form, die sicherstellt, dass die Hilfsgüter auch bei den Menschen ankommt und nicht bei der Hamas. Aushungern darf nie ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein.

– verlangen einen besseren Zugang für unabhängige Berichterstattung über die Ereignisse in Gaza.

– fordern die Bundesregierung auf, sich im Sinne der Erklärung der europäisch-arabischen Konferenz in New York (29. Juli 2025) diplomatisch zu engagieren. Dort wurde das Ziel formuliert, die Herrschaft der Hamas endgültig zu beenden und eine europäisch-arabisch getragene Übergangsverwaltung in Gaza vorzubereiten, unter Beteiligung der Palästinensischen Autonomiebehörde.

– unterstützen die Haltung der Bundesregierung, der von einigen Staaten angekündigten „Anerkennung“ eines „Staates Palästina“ nicht zu folgen. Eine solche rein symbolische „Anerkennung“ eines nicht existierenden „Staates“ stärkt gegenwärtig allein die Position der Hamas, die die Ankündigungen bereits als "Frucht des 7. Oktober" feiert.

– halten dagegen daran fest, dass ein palästinensischer Staat nur am Ende von Verhandlungen in der Region entstehen kann – die wieder beginnen müssen, ohne

die Hamas. Wir treten für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser ein, selbst über ihr gesellschaftliches Leben in einem eigenen Staat zu bestimmen. Die Sicherheit Israels muss dabei gewährleistet sein, seine Existenz darf von niemandem mehr in Frage gestellt werden.

– kritisieren deshalb die Beschlüsse der israelischen Regierung, weitere Siedlungen im Westjordanland zu planen, als falsch und gefährlich. Wir lehnen jede – völkerrechtswidrige – Annexion durch Israel ab.

– sind solidarisch mit den starken Kräften in der israelischen Gesellschaft, die für die Grundsätze der Unabhängigkeitserklärung Israels von 1948 eintreten: Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Ausgleich und Koexistenz.

– widersprechen allen Überlegungen, Vereinbarungen der EU mit Israel auszusetzen oder einzuschränken; dadurch würden gerade auch die Verbindungen zu dieser israelischen Zivilgesellschaft getroffen.

– weisen darauf hin, dass Israel sich gegen die vom Iran gesteuerte und finanzierte „Achse des Widerstandes" verteidigen musste und muss, gegen Angriffe der Hisbollah, der Huthi und des Iran. Ohne Beendigung dieser Bedrohungen wird es keinen dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben.

– fordern die Bundesregierung auf, die Regierung des Libanon bei der Stabilisierung des Landes, der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und bei der vereinbarten Entwaffnung der Hisbollah zu unterstützen; im Gegenzug muss Israel die Vorposten auf libanesischem Gebiet räumen.

– begrüßen die Auslösung des Snapback-Mechanismus (Sanktionen) im Rahmen des Atomabkommen mit dem Iran durch die drei europäischen Staaten, da der Iran mit der hohen und unkontrollierten Anreichung von Uran das Abkommen erkennbar verletzt hat. Es darf kein neues Abkommen mit dem Iran geben ohne klare und überprüfbare Verpflichtung des Regimes, den Bau der Bombe zu beenden. Außerdem muss der Iran auf die aggressive Aufrüstung von Proxis in der Region verzichten. Solange müssen die Sanktionen verschärft werden.

– fordern die Bundesregierung auf, weiter energisch für die Listung der Iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation bei die EU einzutreten; jede Tätigkeit ihrer Ableger in Deutschland muss unterbunden werden, die hier lebenden Iranerinnen und Iraner und ihre Organisationen müssen geschützt werden.

– sind bestürzt, dass auch in Deutschland nach dem Massaker der Hamas der Judenhass in Worten und Taten stark angestiegen ist, die Terrororganisation als „Befreiungskraft" gefeiert wird und deutsche Jüdinnen und Juden als verantwortlich für israelische Politik angegriffen werden. Aufklärende Diskussionen vor allem in den Bildungseinrichtungen müssen deshalb verstärkt werden, Hasspropaganda unterbunden werden.

– verurteilen Boykottaufrufe und Boykottaktionen gegen Künstlerinnen und Künstler, Sportlerinnen und Sportler, nur weil sie Jüdinnen und Juden sind.

Unterstützer*innen

Robert Bücking (KV MÖV); Joachim Larisch (KV MÖV); David Lukaßen (KV Bremerhaven); Thomas Pörschke (KV Nord); Maya Trapp (KV MÖV); Stefan Trapp (KV MÖV); Helga Trüpel, (KV MÖV)